

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberale sprechen sich deutlich für die Waffeninitiative aus
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Mobile 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	22. Januar 2011

### Grünliberale sprechen sich deutlich für die Waffeninitiative aus

Am Parteitag in Lausanne haben die Grünliberalen die Parole für die nationale Abstimmung vom 13. Februar 2011 gefasst. Mit einer grossen Mehrheit unterstützen die Grünliberalen die Initiative für den Schutz vor Waffengewalt. Für die Grünliberalen gibt es keinen sicherheitspolitisch nachvollziehbaren Grund, weshalb heute Soldaten ihre Waffen zu Hause aufbewahren. Ebenso haben sich die Delegierten über die Anti-AKW-Mühleberg-Kampagne im Kanton Bern informiert und für die Delegierten haben diese und die Abstimmung im Kanton Waadt am 15.5. Signalwirkung für die Energiepolitik der Schweiz.

Nach der Begrüssung durch den Tagespräsidenten Jacques-André Haury (Präsident glp Waadt) macht Martin Bäumlé, Parteipräsident und Nationalrat einen Abstecher zur Albisrüetli-Tagung der SVP, an welcher am Vorabend Nationalrat Hans Fehr tätlich angegriffen wurde. Die Grünliberalen verurteilen dieses Vorkommnis in aller Schärfe. In einem Land wie der Schweiz müssen Demokratie und Diskurs, selbst wenn dieser provozierend geführt wird, möglich sein. Politiker müssen frei ihre Meinung äussern können.

In seiner Rede macht Martin Bäumlé danach den Delegierten klar, dass das Wahljahr 2011 für die Grünliberale Partei entscheidend sein wird. Die Partei wolle im Herbst Fraktionsstärke erreichen, 8 Nationalratssitze holen und die beiden Ständeratssitze sichern.

#### **JA zur Waffenschutz-Initiative**

Mit einer Mehrheit von 65:8 Stimmen stimmen die Delegierten der Grünliberalen Partei für die Initiative für den Schutz vor Waffengewalt. Kern der Initiative ist die Aufbewahrungspflicht der Militärwaffe im Zeughaus oder in anderen gesicherten Räumen der Armee. Die Armeewaffe wird somit bei Annahme der Initiative nicht mehr wie heute zu Hause aufbewahrt. Zudem muss bei Annahme der Initiative wer eine Waffe besitzen, tragen und gebrauchen will, den Bedarf nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen. Schliesslich müssen alle Waffen registriert werden.

Die Nationalräte Olivier François (FDP) und die Tiana Moser (glp) informierten die Delegierten in einer sachlich geführten Diskussion über die Pro & Contras der Waffeninitiative. Die Grünliberalen Delegierten sind überzeugt davon, dass die Initiative alleine zukünftig keine Waffendelikte verhindern könne. Jedoch sei bei einer geringeren Verfügbarkeit der Waffen davon auszugehen, dass die Anzahl der Gewaltakte sinke. Auch der Bundesrat anerkenne in seiner Botschaft diesen Zusammenhang, der sich insbesondere bei der Eindämmung und Prävention häuslicher Gewalt positiv auswirken würde.

Für die Grünliberalen steht zudem auch fest, dass die militärische Notwendigkeit für die Heimaufbewahrung heute nicht mehr gegeben ist. Diese notwendige Reform verstehen sie aber nicht als Angriff auf die Armee oder ihr Milizsystem, sondern als Bereinigung einer Situation, die schon lange nicht mehr der Realität entspricht, denn die Sicherheitslage in Europa und auch allfällige Kriegsführungsmittel haben sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv verändert.

Die Grünliberalen empfinden die minimalen Einschränkungen für Hobbyschützen und Jäger vertretbar und stellen in einer Güterabwägung das Wohl der gesamten Bevölkerung über die legitimen Interessen von Hobbyschützen und Jägern und unterstützen die Initiative mit Überzeugung.

#### **Anti-AKW-Kampagne der glp Sektion Bern**

Die Grünliberalen sind sich bewusst, dass die Abstimmung über das AKW Mühleberg im Kanton Bern vom 13. Februar 2011 im Kanton Bern eine starke Signalwirkung für die ganze Schweiz haben wird. Sie bietet die grosse Chance, die Weichen in der schweizerischen Energiepolitik neu zu stellen.

„Ökologie hört nicht bei CO<sub>2</sub> auf“, entkräftigt Parteipräsident Martin Bäumle ein Lieblingsargument der Atomlobby. Kernenergie mag zwar eine gute CO<sub>2</sub> Bilanz haben, aber nur wenn lediglich der Betrieb der Anlagen in die Berechnungen einfließen. Vergessen wird gerne die Umweltbelastung bei der Gewinnung von Uran oder auch die Kosten der Restrisiken, die die Allgemeinheit zu tragen hat.

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass dank einem Nein zu Mühleberg in Bern weitere Fehlinvestitionen in die Atomenergie, die den Weg für erneuerbare Energiequellen verbauen, vermieden werden könnten und werden „alle verfügbaren Kräfte in den vor der Türe stehenden Abstimmungskampf einbringen.

#### **Industrielle Ökologie**

Am Schluss der Veranstaltung zeigt der Gastreferent Benoit Charrière (SOFIES) an Hand seiner Beispiele im Kanton Valais auf, wie Politiker auch auf lokaler Stufe ihren Beitrag zur industriellen Ökologie machen können. Gerade die interdisziplinäre Arbeit könne einen beachtlichen Beitrag leisten.

#### **Veranstaltungshinweis**

Streitgespräch AKW-Mühleberg: Martin Bäumle vs. Christian Wasserfallen, Moderation: Matthias Lauterburg (TeleBern) am 31. Januar 2011 um 18.30 Uhr.